

ne 242 Kilometer lange Strecke von Shanghai nach Hangzhou. Der Partner fordere niedrigere Kilometerpreise, was angesichts der längeren Strecke für Siemens kein Problem darstelle. Darüber hinaus verlange die chinesische Seite einen höheren lokalen Fertigungsanteil. (FAZ, 22.11.02) -bö-

reformiert werden. Auf zentralstaatlicher, provinzieller und lokaler Ebene sollen State Asset Management Companies eingerichtet werden, die für den Staat die Aufgaben eines Investors wahrnehmen sollten. Außerdem werde der Staat Kontrollmehrheiten an nicht näher spezifizierten „lifeline enterprises“ halten. Die Entwicklung des nichtöffentlichen Sektors sei zu fördern, bei gleichzeitiger Beibehaltung der beherrschenden Rolle des öffentlichen Sektors.

den wurde, sich noch stärker als bisher zu engagieren. (BBC PF, 12.11.02; FEER, 21.11.02; FT, 17.11.02; HB, 13.11.02; NZZ, 8.11.02; ST, 10.11.02; XNA, 9.11.02) -bö-

Binnenwirtschaft

29 Jiang Zemin nennt auf dem XVI. Parteitag langfristige Ziele für die wirtschaftliche Entwicklung

In seiner Grundsatzrede auf dem XVI. Parteitag hat der offiziell aus dem höchsten Parteiamt scheidende Generalsekretär Jiang Zemin die wirtschaftlichen Erfolge seit 1997 hervorgehoben und die Vervierfachung des Bruttoinlandsprodukts bis 2020 zum Maßstab erklärt. Dies diene dem Ziel der Errichtung einer umfassenden und ausgeglichenen wohlhabenden Gesellschaft. Industrialisierung, Urbanisierung, der Ausgleich zwischen Regionen und zwischen Stadt und Land bleiben Elemente der Entwicklungsstrategie. Es gelte, bis 2020 ein soziales Sicherungssystem zu errichten und die Arbeitslosigkeit zu verringern. Die Menschen würden in zwanzig Jahren mehr Familieneigentum haben und ein gedeihlicheres Leben führen.

Ein Abschnitt von Jiangs Rede war der „Wirtschaftlichen Entwicklung und Umstrukturierung“ gewidmet. Er sprach von einem neuen Weg der Industrialisierung durch die Nutzung von Informationstechnologie. Weiter sollten die Infrastrukturentwicklung gestärkt sowie Wissenschaft und Technologie gefördert werden. Risikokapital und die Entwicklung des Humankapitals sollten Innovationen fördern. Ebenso sprach Jiang von der Notwendigkeit, geistige Eigentumsrechte besser zu schützen und die nachhaltige Entwicklung zu fördern. Hierzu gehöre die rasche Umsetzung des Projekts, bei dem Wasser aus dem Süden in von Trockenheit betroffene Gebiete des Nordens geleitet werden soll.

Das System der Verwaltung der staatlichen Anteile an der Wirtschaft solle

Der nationalen Verteidigung und dem Militäraufbau galt ebenfalls ein eigener Abschnitt, in dem einmal mehr die zentrale Rolle von Wissenschaft und Technik für die Stärkung der Volksbefreiungsarmee genannt wurde. (BBC PF, 17.11.02; FBIS, 9.11.02) In der Tat scheint China vom vollständigen Import von Rüstungsgütern auf eine zunehmende Teilfertigung und Montage umzustellen, als Zwischenschritt zum Aufbau vollständig eigener Kapazitäten. Dabei stützt sich die Volksrepublik auf die Lieferung von Waffensystemen und Komponenten vor allem aus Russland, aber auch aus Israel. Die konventionellen U-Boote der Song-Klasse sollen mit deutscher Antriebstechnik ausgestattet werden. (*China Brief*, 21.11.02)

Elemente der Selbstkritik in der Rede Jiangs sahen Beobachter im Eingeständnis der hohen Arbeitslosigkeit und der Ungleichentwicklung zwischen Stadt und Land. Auch auf bürokratische Exzesse und Korruption kam der scheidende Generalsekretär zu sprechen. Besonders hervorgehoben wurde in vielen Presseberichten die erwartete Aufwertung privaten Unternehmertums durch die Grundsatzrede. Auf einer Pressekonferenz am Rande des Parteitags präzierte Li Rongrong, der die Kommission für Wirtschaft und Handel des Staatsrats leitet, die Partei werde Privatunternehmen auf eine Ebene mit ausländischen Unternehmen stellen, nicht mit Staatsbetrieben.

Der scheidende Generalsekretär Jiang führte aus, dass alle Arbeit achtenswert sei, die für Volk und Gesellschaft von Nutzen ist. Des Weiteren wurden auch Einkünfte aus Kapitalbesitz von Jiang als legitim bezeichnet, was als Einladung an ausländische und einheimische Investoren verstan-

30 Ausländische institutionelle Investoren dürfen A-Aktien und Staatsaktien erwerben

China hat seine Wertpapiermärkte ein großes Stück weiter geöffnet. Das so genannte Programm für qualifizierte ausländische institutionelle Investoren (Qualified Foreign Institutional Investor Scheme, kurz QFII) trat am 1. Dezember 2002 in Kraft. Es erlaubt den Erwerb von in Shanghai und Shenzhen gehandelten A-Aktien. Dieses Marktsegment war bislang chinesischen Staatsbürgern vorbehalten gewesen, doch nun sollen ausländische Investmentfonds, Versicherungen und Wertpapierbroker dort investieren. Darüber hinaus erhalten diese ausländischen Finanzinstitutionen Zugang zu einem weiteren Marktsegment, den so genannten nicht handelbaren Aktien. Papiere dieses Typs werden vom Staat gehalten (so genannte staatseigene Aktien) oder befinden sich im Besitz von juristischen Personen, zumeist Staatsunternehmen (so genannte C-Aktien). Auf staatseigene und C-Aktien entfallen fast zwei Drittel der gesamten Marktkapitalisierung. Die Öffnung dieses bedeutenden Bereichs zeigt einmal mehr, dass die Segmentierung des chinesischen Aktienmarkts in formal gleichwertige, aber nicht austauschbare Aktientypen unhaltbar ist. Bereits im Februar diesen Jahres hatte die Regierung das ehemals Ausländern vorbehaltene B-Segment des Aktienmarkts für inländische Investoren zugänglich gemacht.

Unter den neuen Vorschriften können ausländische Institutionen eventuell sogar Mehrheitsbeteiligungen an chinesischen Staatsunternehmen erwerben. Bislang hatten ausländische Minderheitsinvestoren kaum Einfluss auf die Unternehmensführung. Ausländische Mehrheitsbeteiligungen könnten den Druck für eine Verbesserung der Unternehmensführung erhöhen und das Niveau der „corporate governance“ heben, wie vielleicht auch die chinesische Regierung hofft. Zumindest würde die erfolgreiche Veräußerung von

Unternehmensanteilen die Staatskasse füllen. Im Sommer war das Vorhaben aufgegeben worden, staatseigene Aktien an die einheimischen Börsen zu bringen, um den Aufbau eines sozialen Sicherungssystems zu finanzieren, nachdem die Kurse in Shanghai und Shenzhen aufgrund der Pläne stark gefallen waren. Mit der Öffnung der Märkte für institutionelle Anleger folgt die VR einem Muster, das bereits von Taiwan und Südkorea angewandt worden ist.

HOHE ANFORDERUNGEN, HOHE KURSE UND FEHLENDE EXITMÖGLICHKEITEN SCHRECKEN INVESTOREN

Obwohl die Reformmaßnahme durchweg als Schritt hin zu einer vollständigen Öffnung der Wertpapiermärkte bewertet wird, erwartet die Mehrheit der Analysten keine große Euphorie bei den internationalen Finanzinstitutionen. „Warum sollten Investoren geringere Qualität zu höheren Preisen kaufen“, fragte etwa Steven Xu, der die Forschungsabteilung des Wertpapierhändlers SG Securities in Hongkong leitet.

Tabelle 3: Mindestanforderungen für ausländische institutionelle Anleger

	Verwaltetes Kapital	„Paid-in Capital“	Geschäftserfahrung
Investmentfonds	10 Mrd. US\$	-	5 Jahre
Versicherungen	10 Mrd. US\$	1 Mrd. US\$	30 Jahre
Wertpapierhändler	10 Mrd. US\$	1 Mrd. US\$	30 Jahre

Quelle: siehe Ende dieser Übersicht.

Um für den Erwerb der genannten Aktientypen qualifiziert zu sein, müssen ausländische Finanzinstitutionen eine Reihe von Anforderungen erfüllen (siehe Tabelle 3). Neben den hohen Bewertungen der meisten A-Aktien könnten potenzielle ausländische Investoren sich auch durch Zweifel abschrecken lassen, ob in China erzielte Gewinne außer Landes gebracht werden können. Auch andere Bereiche des Finanzmarkts, etwa die Entwicklung eines Markts für Risikokapital, wird bis heute durch das Fehlen einer sicheren Exit-Strategie für internationale „Venture capitalists“ behindert.

Für ein Programm, das qualifizierten einheimischen institutionellen Investoren die Betätigung auf auslän-

dischen Märkten und in Hongkong erlauben würde (Qualified Domestic Institutional Investor Scheme, kurz QDII), gibt es unterdessen weiter keine konkreten Zeitpläne, sagte der Leiter der chinesischen Wertpapieraufsicht, Zhou Xiaochuan. (AWSJ, 5.11., 20.11.02; Cbiz.org, 22.11.02; FEER, 21.11.02; FT, 10.10., 29.10., 8.11., 11.11.02; HB, 12.11.02; SCMP, 31.10., 5.11.02; ST, 5.11., 8.11.02; XNA, 4.11.02) -bö-

31 Entscheidung über Führungswechsel im Ministerium für Informationsindustrie

Im Ministerium für die Informationsindustrie (MII) deutet sich ein Führungswechsel an. Bereits nach den einwöchigen Ferien zum chinesischen Nationalfeiertag Mitte Oktober wurde bekannt, dass der ehemalige Ingenieur und Branchenneuling Wang Xudong zum Sekretär der Parteizelle im MII ernannt worden ist. Damit ist er der designierte Nachfolger von

Für das größte Aufsehen sorgte dennoch die Vorentscheidung über die Nachfolge an der Spitze des Ministeriums für die Informationsindustrie, handelt es sich doch um die Regulierungsbehörde in einer der bislang am schnellsten wachsenden Branchen des Landes. Amtsinhaber Wu Jichuan war bereits 1965 in das Vorgängerministerium des MII eingetreten. In den frühen Neunzigerjahren war er kurzzeitig Vizegouverneur der Provinz Henan und kehrte 1993 als Minister in das MII zurück. Er hat die Entwicklung des Sektors entscheidend mitgeprägt, einschließlich der Aufspaltung des Staatsmonopolisten China Telecom im Jahr 2000. In allen vier großen Staatsunternehmen der Telekommunikation sitzen Führungskräfte, die zeitweise mit Minister Wu zusammengearbeitet haben. Diese Querverbindungen könnten es dem 63-Jährigen erschwert haben, den Wunsch der Staats- und Parteiführung nach mehr Wettbewerb umzusetzen. Wu gilt als Gegner von Reformen und lehnte eine stärkere Öffnung des Sektors für ausländisches Kapital stets ab. Sein Verhältnis zu Ministerpräsident Zhu Rongji gilt als belastet.

Duncan Clark von der Beraterfirma BDA China sagte, Wus Nachfolger Wang Xudong sei ausgewählt worden, weil er als Mann des Parteiapparats die Interessen der politischen Führung gegenüber den Staatsunternehmen vertreten werde. Wangs Status als unbeschriebenes Blatt könne von Vorteil sein wenn es gilt, das Vertrauen gerade der ausländischen Investoren wiederzugewinnen. Ein Börsengang der China Telecom war Anfang November nicht zuletzt deshalb enttäuschend verlaufen, weil internationale Anleger die unberechenbare und nicht klar von der Unternehmensführung der Staatsbetriebe getrennte Branchenaufsicht als Belastung für den Sektor wahrnehmen. (*Caijing*, 20.10.02; *Financial Times Deutschland*, 27.11.02)

EU SCHWANKT BEI BEURTEILUNG EINES VON SIEMENS MITENTWICKELTEN CHINESISCHEN MOBILFUNKSTANDARDS

Wie wichtig und zugleich umstritten Regulierungsentscheidungen im Bereich Telekommunikation sind, zeigt die Diskussion über Chinas noch aus-

Wu Jichuan an der Spitze der Branchenbehörde. Der offizielle Führungswechsel wird im März erwartet. Vom Wirtschafts_magazin *Caijing* wurde die Wahl dieses Nachfolgers ohne Kontakte zu den großen Staatsunternehmen des Sektors begrüßt. Auf verhaltene Zustimmung stieß auch die Berufung des ehemaligen Gouverneurs der Provinz Zhejiang, Chai Songyue, an die Spitze einer Kommission zur Einrichtung einer Regulierungskommission für den Energiesektor. Eine weitere so genannte Überraschungsberufung war die von Wu Dingfu, ehemals Generalsekretär der Zentralen Disziplinarkommission, zum Leiter der Aufsichtsbehörde für das Versicherungswesen (CIRC).

stehende Entscheidung für einen Mobilfunkstandard der dritten Generation (3G). Das Ministerium für die Informationsindustrie könnte die Lizenzvergabe so lange hinauszögern, bis ein einheimischer Standard einsatzbereit ist, den das Staatsunternehmen Datang in Zusammenarbeit mit Siemens entwickelt. Nach Angaben beider Unternehmen könnte die TD-SCDMA (Time Division Synchronous Code Division Multiple Access) genannte Technik bereits Ende 2004 zum kommerziellen Gebrauch bereitstehen, zeitgleich mit den Verfahren der europäischen und US-amerikanischen Konkurrenz. Branchenkenner rechnen jedoch mit Verzögerungen bei der Entwicklung der chinesisch-deutschen Technik.

Unentschieden in dieser Frage zeigte sich die Europäische Union. Der Vizechef der EU-Mission in Beijing, Franz Jessen, warnte China vor der Einführung eines eigenen technischen Standards. Globale Standards würden Kosten senken, sagte Jessen. Allerdings schwächte er seine Aussage bezüglich des von Siemens mitentwickelten Standards ab, denn TD-SCDMA sei kompatibel mit dem europäischen GSM-Standard. (FT, 1.11.02; Reuters, 26.11.02) -bö-

32 Wachsender Druck für Reform des Bankensystems

Ein Bericht des Hongkonger Büros der Internationalen Bank für Zahlungsausgleich (IBZ) kommt zu dem Ergebnis, dass die chinesische Zentralbank fast die gesamten Mittel abschreiben muss, die 1999 zur Sanierung der Staatsbanken aufgewandt worden waren. Gleichzeitig mehren sich die Stimmen, die auf eine Beschleunigung der Bankenreform dringen, denn ab 2007 wird der Sektor für die ausländische Konkurrenz geöffnet.

Besonders die einheimische Privatwirtschaft benötigt Kapital, das ihr ein überschuldetes Staatsbankensystem nicht zur Verfügung stellen kann. Es wächst der Druck auf die Zentralregierung, durch neue Regelungen die Gründung von Privatbanken zu ermöglichen. In der regierungsunmittelbaren Stadt Chongqing in Westchina enthüllte die örtliche Industrie- und Handelskammer Pläne für die Gründung einer so genannten Privatbank.

Das Stammkapital von 1 Mrd. Yuan soll aus privaten Quellen kommen, wobei kein Eigner mehr als 10% der Anteile halten sollte. Grund für die Entscheidung sei die Weigerung der staatlichen Banken, Kredite an Privatunternehmen zu vergeben, sagte ein Sprecher der Initiative. Der Volkswirt Dong Tao von Credit Suisse First Boston in Hongkong schränkte ein, dass es sich bei dem zu gründenden Institut aufgrund des geringen Stammkapitals wohl eher um eine private Kreditkooperative handele. (SCMP, 28.11.02) Kreditkooperativen seien in Ostchina recht erfolgreich, sagte Minister Zeng Peiyan von der Entwicklungs- und Planungskommission des Staatsrats. Bereits im September hatte die Zentralbank beschlossen, das städtische Finanzinstitute zur Erhöhung des Stammkapitals Anteile an private Kapitalgeber verkaufen dürfen. (SCMP, 13.11.02)

Für die vier großen Staatsbanken Bank of China, Industrial and Commercial Bank of China, China Construction Bank und Agriculture Bank sieht die Regierung Börsengänge nach dem Vorbild der Bank of China vor, deren Hongkonger Tochter bei ihrem Börsendebüt allerdings hinter den Erwartungen zurückgeblieben war. Bevor sich Investoren mehr für die Institute erwärmen, müssen die uneinholbaren Kredite aus den Portfolios genommen werden. Ein erster Schritt hierzu war die Bereitstellung von 33 Mrd. US\$ durch den Staat im Jahr 1998. Nur ein Jahr später verlieh die Zentralbank an eigens gegründete Asset Management Companies (AMC) 28 Mrd. US\$, worauf diese faule Kredite im Wert von 169 Mrd. US\$ von den Staatsbanken übernahmen und den Instituten im Gegenzug das von der Zentralbank erhaltene Geld sowie Anleihen für 141 Mrd. US\$ überreichten.

Aufgabe der AMC war es, einen Teil der Not leidenden Kredite einzutreiben. Ausländische Banken wie Morgan Stanley und Goldman Sachs beteiligten sich an der Mission, die jedoch kaum Erfolg gehabt zu haben scheint. Ma Guoan von der IBZ vermutet, dass mindestens 23,2 Mrd. US\$ des verliehenen Zentralbank-Geldes abgeschrieben werden müssen. Bürokratische Hürden hätten es zumeist verhindert, über die Aktiva der Schuldner einen Teil der Kreditsumme zu

erlösen. Besonders nachteilig ist, dass es immer noch kein funktionierendes Insolvenzrecht gibt. Die für März geplante Verabschiedung eines entsprechenden Gesetzes scheint sich auf unbestimmte Zeit zu verzögern. Bislang liegt die Rückholrate bei 21% des verliehenen Kapitals. Weil sich die AMC zunächst auf relativ vielversprechende Kredite gestürzt hatten, scheint für die Gesamtheit der Kredite eine Rückholrate von 10 bis 15% realistisch.

Im Jahr 1999 hatte Zentralbankgouverneur Dai Xianglong gesagt, es werde keine weiteren Freitische für die Staatsbanken geben. Mittlerweile sprechen Regierungskreise offen von einer erneuten Kapitalspritze. Vizegeneraldirektor Wang Weiwei vom Büro für wirtschaftliche Strukturreformen beim Staatsrat gab zu erkennen, es könnten nochmals Kredite im selben Volumen wie 1999 aus den Büchern der Banken genommen werden. (FEER, 14.11.02; FT, 20.11.02) Es ist zweifelhaft, ob ein solches Vorgehen künftig zu einer rationaleren Kreditvergabe der Staatsbanken führen würde. Eher könnten bestehende „moral hazard“-Probleme sich weiter verschärfen.

BEWERTUNGSAGENTUR MOODY'S WIRD CHINAS KREDITRATING VON „STABIL“ AUF „POSITIV“ HOCHSTUFEN

Die Bewertungsagentur Moody's Investors Service schätzt Chinas Fähigkeit, seine auswärtigen Verpflichtungen zu bedienen, nun deutlich positiver ein. Das Unternehmen verwies auf Chinas wachsende Währungsreserven und auf die Fähigkeit des Landes, Probleme bei der Inlandsverschuldung zu kontrollieren. Moody's hat die Bewertung von chinesischen Anleihen in Fremdwährungen, Auslandsschulden der Banken und Bankeinlagen in Fremdwährungen mit einem Gesamtumfang von 170 Mrd. US\$ von „stabil“ auf „positiv“ angehoben. Nun ist es wahrscheinlich, dass mit einiger Verzögerung auch Chinas Kreditrating angehoben wird, was die Kapitalbeschaffung im Ausland erleichtern dürfte.

Noch 1998 hatte das Unternehmen sich besorgt darüber gezeigt, dass die Volksrepublik den Yuan abwerten lassen könnte und dass Insolvenzen der International Trust and Investment Companies (ITICS) zu ho-

hen Einbußen bei ausländischen Anteilseignern führen würden. Moody's Konkurrenz, das Unternehmen Standard & Poor's, ist weniger optimistisch bezüglich der Inlandsverschuldung und gibt der Volksrepublik derzeit das Kreditrating „BBB“. (AWSJ, 24.11.02) -bö-

33 Schnelles Wachstum des Pharmamarkts erwartet

Die Unternehmensberatung Boston Consulting Group erwartet, dass die Einnahmen der Pharmabranche in China von 6,8 Mrd. US\$ im Jahre 2000 bis 2010 auf 24 Mrd. US\$ ansteigen. Dann werde das Land vom siebten auf den fünften Platz in der Liste der größten Märkte für Arzneimittel vorgerückt sein, hinter den USA, Japan, Deutschland und Frankreich. Großbritannien und Italien werde die Volksrepublik in diesem Zeitraum in punkto Marktgröße überholen. Hauptgrund ist die Veränderung in der Bevölkerungsstruktur durch eine sinkende Geburtenrate und eine mit den USA vergleichbaren Lebenserwartung von 70 Jahren. Bis 2020 werden 16% der Bevölkerung 65 Jahre oder älter sein. (SCMP, 18.11.02; XNA, 12.11.02)

MERCK SIEHT IN CHINA KLEINEN MARKT MIT STRATEGISCHEM POTENZIAL

Thomas Schreckenbach vom Darmstädter Chemie- und Pharmakonzern Merck sieht in China einen kleinen Markt mit strategischem Potenzial. Nach eigenen Angaben erzielt das Unternehmen derzeit noch keine nennenswerten Gewinne aus dem China-Geschäft. Merck hat in China keine eigenen Produktionsstätten und verlässt sich stattdessen auf Importe. Trotz der hohen Wachstumsraten des Pharmamarkts von 12% gebe es erhebliche Nachteile. Dazu gehörten der lokale Protektionismus, die Regulierungsdichte und die langen Registrierungszeiten. Außerdem würden in der nahen Zukunft rigorose Preiskürzungen, starke lokale Konkurrenz sowie Probleme beim Schutz geistigen Eigentums erwartet. (NfA, 15.11.02)

Ebenfalls in China aktiv ist das Schweizer Unternehmen Novartis, das gegenwärtig 100 Mio. US\$ im Land investiert hat und einen Ausbau des En-

gagements plant. In den ersten neun Monaten dieses Jahres erzielte Novartis in China einen Umsatz von 101 Mio. US\$, ein Anstieg von 7,8%. (XNA, 12.11.02) -bö-

SVR Hongkong

34 Internationale Kritik an den Regierungsplänen für ein „Anti-Subversions-Gesetz“

In der kontroversen Debatte um die Ausarbeitung von „Anti-Subversions-Gesetzen“ nach Artikel 23 des *Basic Law* (vgl. C.a., 2002/9, Ü 36, 2002/10, Ü 37), zu der die Regierung der SVR der Öffentlichkeit im September ihre Vorschläge unterbreitet hatte, haben sich im Lauf des Novembers zahlreiche internationale Stimmen zu Wort gemeldet. Diplomaten aus Großbritannien, der EU und den USA sowie zahlreiche Journalisten und Menschenrechtsorganisationen haben die Hongkonger Regierung davor gewarnt, durch eine allzu restriktive Gesetzgebung zum Schutz der nationalen Sicherheit die zivilen Rechte und demokratischen Freiheiten der SVR zu beschneiden.

Europäische Politiker waren durch eine Reise zweier Vertreter der Demokratischen Partei Hongkongs unter Zugzwang geraten, sich in der Frage des Artikel 23 zu äußern. Mitte November besuchten Martin Lee, der langjährige Führer der Partei, und sein Parteikollege James To Kun-sun Brüssel, London und Genf, wo sie mit Chris Patten, dem letzten britischen Gouverneur der Kronkolonie Hongkong und jetzigen EU-Kommissar für Auswärtige Angelegenheiten, Sergio Vieira de Mello, UN-Hochkommissar für Menschenrechtsfragen, und Jack Straw, dem britischen Außenminister, sowie mit verschiedenen Parlamentariern und Menschenrechtsvertretern zusammentrafen. Ziel ihrer „Tournée“ war es, unter europäischen Entscheidungsträgern ein Bewusstsein für die Gefährdung der Hongkonger Demokratie und Menschenrechte durch die geplanten Gesetze zu schaffen, die der Regierung rechtliche Handhabe gegen Landesverrat, Abspaltung, Volksverhetzung und Subversion, den Verrat

von Staatsgeheimnissen sowie gegen Tätigkeiten ausländischer politischer Organisationen in der SVR geben sollen.

Wie Lee und To argumentierten, verstießen die geplanten Anti-Subversions-Gesetze gegen die Bestimmungen der „Joint Declaration“ von 1984, wonach Freiheit und Menschenrechte nach der Rückgabe Hongkongs an die VR China im Jahr 1997 nicht geschmälert werden dürften. Großbritannien, das damals die „Joint Declaration“ unterzeichnet hatte, aber auch die anderen westlichen Staaten stünden nun in der Pflicht, deren Inhalte zu verteidigen. Eine Verantwortung westlicher Regierungen bestehe aber auch deshalb, weil die geplanten Gesetze die Rechtsstaatlichkeit und damit das Geschäftsklima beeinträchtigen würden, was sich negativ auf die Interessen ausländischer Investoren auswirken würde. Establishment-nahe Kräfte in Hongkong warfen Lee und To vor, sie würden auf ihrer Reise nichts anderes tun, als „Hongkong schlecht reden“, woraufhin diese entgegneten, sie würden keineswegs Hongkong, sondern vielmehr den Artikel 23 „schlecht reden“.

Die erste internationale Reaktion auf den Besuch der beiden Hongkonger Demokraten kam aus Großbritannien. Ein britischer Parlamentarier hatte zugesagt, dass man der Diskussion um die Anti-Subversions-Gesetze höchste Priorität einräumen werde. Bereits am 18. November übersandte daraufhin der britische Generalkonsul eine zweiseitige Depesche an die Regierung der SVR, worin betont wurde, dass die Hauptstärken Hongkongs in der Befolgung rechtsstaatlicher Grundsätze und dem Respekt von Menschenrechten und fundamentalen Freiheiten lägen. „The Joint Declaration provides that the SAR [Special Administrative Region] government shall protect these rights and freedoms. It is up to the SAR government to ensure that any new legislation is compatible with them. Any legislation which undermined these principles would be seriously damaging to the SAR“ (zit. nach SCMP, 20.11.02). Die britische Seite, so wurde angekündigt, würde den weiteren Konsultations- und Gesetzgebungsprozess aufmerksam verfolgen.